

*Ahonen, Pertti: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990.*

Oxford University Press. Oxford 2003, 313 S.

Manche mögen es kaum glauben: Willy Brandts markante Stimme schallte durch die Lautsprecheranlage auf dem Schlesiertreffen in Hannover im Juni 1961. Unter einer Abbildung des Schlesierschildes, das sich an den Schlesischen Abstimmungsadler anlehnt, hielt der Regierende Bürgermeister von Berlin eine leidenschaftliche Rede. Ein Foto von diesem Auftritt hat Pertti Ahonen für das Cover seines englischsprachigen Buches, das eine erweiterte Fassung seiner 1999 eingereichten

Dissertation darstellt, mit Bedacht ausgewählt. Denn über die Analyse dieses Bildes gelangt man an den Kern von Ahonens Anliegen.

Während das Coverfoto einen Hinweis auf die Intention des Buches erlaubt, produziert der Untertitel des Werks etwas Verwirrung, da er in eine falsche Richtung führt: Es geht hier nämlich nicht um eine Diplomatiegeschichte der bundesrepublikanischen Ostpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Vertriebenenproblems. Im Zentrum des Buches steht vielmehr das diskursive Verhältnis zwischen den Bundesregierungen respektive den politischen Parteien und den Vertriebenenorganisationen in Bezug auf die Außenpolitik Deutschlands.

Willy Brandt und die Vertriebenenverbände? Die Erinnerung an die Phase der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ab 1969 weckt zunächst oberflächlich das Bild einer extrem konflikthaften Beziehung: so weit, so bekannt. Gerade deshalb ist die Auswahl einer Fotografie aus dem Jahr 1961 spannend, da sie einen Moment beschreibt, der diese Mainstream-Erinnerung aufzubrechen vermag. Das Anliegen des Autors ist es, dem Einfluss der Vertriebenen beziehungsweise ihrer Verbände auf die Ostpolitik der Bundesrepublik nachzuspüren. Ahonen geht dabei chronologisch vor: einer Erläuterung der Programme und Strategien der Vertriebenenorganisationen folgen die Analysen zur frühen Nachkriegspolitik Adenauers, zur Etablierung des von ihm mitgestalteten Musters der Vertriebenenpolitik in den Folgejahren und schließlich zur Ausgestaltung beziehungsweise Ausdifferenzierung der so genannten Neuen Ostpolitik. Ein Schlusskapitel ergänzt die Ausführungen bis zur Vereinigung Deutschlands 1990.

Der oben geschilderte Auftritt Brandts fällt in eine Periode, in der die SPD mit dem Bad Godesberger Programm von 1959 eine wichtige strategisch-politische Neujustierung vollzogen hatte. Neben der Abkehr von marxistischen Leitvorstellungen beinhaltete das auch eine veränderte außenpolitische Positionierung, die nun unter anderem ein Bekenntnis zur (west-)europäischen Integrationspolitik Adenauers einschloss. Ein anderes – damit eng verbundenes – öffentliches Bekenntnis war jedoch ebenso auffällig: die intensiviertere Hinwendung zu den Vertriebenen beziehungsweise die verbale Unterstützung der Ziele ihrer Lobby. Pertti Ahonen gelingt es nun, anhand einer hervorragenden quellengestützten Basis, das Wechselspiel der bundesdeutschen Vertriebenenpolitik – immer verstanden als Politik von Vertriebenen und Politik für Vertriebene – genau zu beleuchten.

Die Annäherungsversuche der Sozialdemokratie an das politisch organisierte Vertriebenenmilieu waren keineswegs neu. Neu war jedoch die selbstkritische Erkenntnis, dass das bisherige Bemühen um die Aufmerksamkeit dieser Gruppierung besonders im Vergleich mit den Unionsparteien nicht von Erfolg gekrönt war. Und an dieser Stelle scheint eines der zentralen Motive auf, die Ahonen für die langanhaltende Subventionierung der außenpolitischen Forderungen der Verbände quer durch die Parteienlandschaft ausmacht: das Werben um die Millionenzahl vertriebener Wähler. Ahonens Verdienst in diesem Zusammenhang ist es, das stereotyp benutzte Argument vieler Akteure im Vertriebenen Diskurs nachhaltig zu verifizieren: nicht nur, dass die verschiedenen Parteien intern ganz offen dieses Thema verhandelten, auch die Verbandsfunktionäre waren sich der Tatsache bewusst, dass hier ihre entscheidende Trumpfkarte lag und spielten sie selbstbewusst aus. Und so muss

man die Rede von Willy Brandt, der 1961 nicht nur als Regierender Bürgermeister von Berlin, sondern auch als Kanzlerkandidat gegen Konrad Adenauer auftrat, als Wahlkampfereignis verstehen.

Brandt bewegte sich zu diesem Zeitpunkt auf der Linie des von der SPD eingeschlagenen Kurses gegenüber den Vertriebenenverbänden: der im Zuge des Fortschreitens des Integrationsprozesses ausgelöste Niedergang der Vertriebenenpartei BHE entwickelte sich zu einem forcierten Wettlauf der großen Parteien um die Besetzung von Themen und Positionen im Diskurs über die Vertriebenen. Im Januar 1961 hatten sich Vertreter des SPD-Präsidiiums und der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) nach einer gemeinsamen Konferenz auf ein Papier geeinigt, das ebenso wie das im April 1961 verabschiedete, potenzielle Regierungsprogramm explizit die zentralen Forderungen der SL nach Durchsetzung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts unterstützte.

Das taten fast alle Parteien. Ähnlich lautende Vereinbarungen gab es in dieser Zeit beispielsweise auch zwischen der SL und der CSU sowie der FDP, von der ebenfalls 1961 urkundlich bestätigten Übernahme der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen ganz zu schweigen. Ahonen skizziert in diesem Zusammenhang eine Geschichte der doppelten Zungen im Verhältnis der Bundesregierungen und der Lobbyvereinigungen: Während in der Öffentlichkeit die verbale Unterstützung postuliert wurde, machte man hinter vorgehaltener Hand – in internen Besprechungen verschiedener Gremien – keinen Hehl daraus, dass man die propagierten Forderungen für unrealistisch hielt und zum Teil sogar außenpolitisch als völlig kontraproduktiv betrachtete und die Vertreter der Verbände gelegentlich als unbelehrbare Nationalisten verurteilte. Wieso dann die Förderung der Anliegen der Verbände? Weil sie bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich ein grundsätzlicher Wechsel in der bundesdeutschen Ostpolitik zu manifestieren begann – nämlich in der Ära der Großen Koalition – mit ihren „heimatpolitischen“, das heißt außenpolitischen Ansätzen ein verlässlicher Partner in der anti-kommunistischen, westeuropäisch orientierten Politik waren.

Eines von Ahonens Ergebnissen ist, dass beide Partner einen Preis für dieses Agreement bezahlt haben. Die Bundesregierungen bis zur Großen Koalition haben zunächst nicht gemerkt, wie sie mit ihrer anscheinend selbstverständlichen Subventionierung der Anliegen der Vertriebenenverbände im Laufe der Zeit zu Gefangenen dieser selbst gewählten Strategie wurden, als sich die internationalen Koordinaten in Richtung einer neuen Verbindung zu den Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs verschoben hatten und sich in der Folge in der Bundesrepublik ein innen- und außenpolitisches Dilemma auftrat. Auf der anderen Seite haben die Verbände nicht wirklich gemerkt, wie sie – schon zu Adenauers Zeiten – instrumentalisiert worden sind. Denn bei aller Einbindung ihrer außenpolitischen Vorstellungen in den politischen Willensbildungsprozess sind sie im Wesentlichen nicht an die Schaltstellen der Macht vorgedrungen – trotz eines Bundesvertriebenenministeriums.

Dass dieses Verhältnis der Lobbyverbände zur Bundespolitik keine dauerhafte Rückversicherung darstellte, lässt sich an der Politik Brandts illustrieren: denn der Kanzler von 1969 war nicht mehr der Kanzlerkandidat aus dem Jahr 1961. Seine Suche nach flexiblen Antworten auf eine veränderte weltpolitische Lage wollten

oder konnten die Verbände nicht mitmachen. Mit ihrer Beharrungs-Strategie manövierten sie sich und ihre Politik selbstverschuldet ins gesellschaftliche Nischendasein, in dem sie auch während der Ära Kohl wirkten.

Ahonen schildert diese Entwicklung wohltuend sachlich. Er entzieht sich der Gefahr einer polarisierenden Darstellung durch die abgewogene Auswahl seiner Quellen und den vielzitierten kühlen Blick von Außen. Es liegt auf der Hand, dass ein politikgeschichtliches Überblickswerk zu einem Zeitraum von knapp fünfzig Jahren jüngster Geschichte vieles außer Acht lassen muss. Beispielsweise bleibt besonders die Politik der verschiedenen Akteure auf Seiten der Vertriebenen recht undifferenziert, da der Autor die biographiegeschichtliche Komponente weitgehend ausblendet. Aber Ahones Buch war überfällig, denn die Forschung zur Geschichte zum Vertriebenen Diskurs in Deutschland befindet sich noch am Anfang, wie nicht zuletzt die Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ schmerzlich vor Augen geführt hat. Ahonen hat die zentralen Aspekte eines Elitendiskurses analysiert und dankenswerterweise Ordnung in das System von Urteilen und Vorurteilen gebracht. Jetzt können die notwendigen Sonden in die verschiedenen Diskurskanäle gelegt werden.